

„Die Zeit drängt“

Das Team Köllensperger fordert die Landesregierung auf, rasch eine akzeptable **Einigung zu den Kollektivverträgen** der öffentlich Bediensteten zu finden.



Demo der Beamten:
„Vorteile gerecht verteilen“

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen für die Angestellten im öffentlichen Dienst ist noch keine Einigung in Sicht. Das Team Köllensperger appelliert an die Landesregierung, in kürzester Zeit eine akzeptable Einigung zu finden. „Die Zeit drängt, Ende Juli wird der Nachtragshaushalt behandelt. Während bei den Führungskräften im öffentlichen Dienst die Positionszulage im letzten Sommer um 26 Prozent erhöht wurde, finden sich für jene, die am untersten Rand der Pyramide stehen, keine Ressourcen mehr“, so Maria Rieder.

Die kürzlich vom **AFI** veröffentlichte Studie belegt den Kaufkraftverlust mit deutlichen Zahlen. „Natürlich ist ein ausgeglichener Landshaushalt wichtig, aber die Vorteile, die der wirtschaftliche Aufschwung mit sich gebracht hat, müssen sorgfältig auf alle Bereiche der Gesellschaft verteilt werden“, so Rieder.

Klaus Lafogler von der Gewerkschaft der Landesbediensteten verweist auf das Rechtsgutachten der Fachgewerkschaften, wonach eine 10-prozentige Lohnanpassungen sehr wohl möglich sind: „Auf nationaler Ebene gibt es zurzeit keine Rahmenrichtlinien und keine Parameter, an die Tarifverhandlungen gebunden werden.“ Aus fachkundigen Kreisen habe er zudem in Erfahrung gebracht, dass

für eine finanzielle Abdeckung eventuelle Umschichtungen von einem Ressort zum anderen, beispielsweise vom Ressort Tourismus, Wirtschaft oder Handel auf das Ressort Personal per Gesetz durchaus möglich seien.

Die öffentliche Delegation stellt 4,8 % auf den Dreijahreszeitraum (1,5 % für 2019, 1,6 % für 2020 und 1,7 % für 2021) zur Verfügung und stellt eine Verdoppelung des Leistungslohnes in Aussicht.



Maria Rieder



Klaus Lafogler

„Wir erwarten uns von der öffentlichen Delegation und der Landesregierung, ernst genommen zu werden. Deshalb gilt es, dass wir endlich eine Antwort auf die oben aufgeworfenen Fragen erhalten. Erst dann sind weitere konstruktive Verhandlungsgespräche möglich. Wir Gewerkschaftsvertreter wollen und müssen vereint, entschlossen und konsequent bleiben. Das sind wir den vielen Tausend Bediensteten, die uns bei den Kundgebungen unterstützt haben, schuldig“, so Lafogler.

